

STALINS BEFREIUNGSMISSION

Die Nachkriegskatastrophen der Reichs- und Volksdeutschen Ost-Mittleuropas Band II/07

Die Lage der deutschen Bevölkerung in Ost-Mittleuropa nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges

Massenverhaftungen, Zwangsarbeit und Lager in Ost-Mittleuropa

>>Es führen viele Wege in die Hölle, aber keiner heraus.<< (Deutsches Sprichwort)

Nach Abschluß der militärischen Aktionen inhaftierte man alle "verdächtigen Deutschen" vorübergehend in Zuchthäusern und Gefängnissen oder transportierte sie nach der "Entnazifizierung" in hoffnungslos überfüllte Internierungs- bzw. Zwangsarbeitslager (z.T. handelte es sich um ehemalige NS-Konzentrationslager). Hunderttausende von Unschuldigen fielen planmäßigen Massenverhaftungen zum Opfer.

Die Internierungslager in Ost-Mittleuropa waren nicht selten regelrechte Seuchenhöllen, Hungerquartiere und Sterbelager, so daß die Deutschen "wie die Fliegen" starben. In den Internierungslagern gab es mehrheitlich nur Hungerrationen, weil große Teile der Lebensmittellieferungen von den Lagerleitungen oder dem Wachpersonal unterschlagen wurden.

Willkürliche Übergriffe waren an der Tagesordnung. Angst, Hunger und Not bestimmten die Haftzeit der Internierten. Verstöße gegen die Lagerordnung wurden vielerorts mit Prügelstrafen oder Bunkerhaft geahndet. Während der Bunkerhaft mußten die Häftlinge meistens auf dem blanken Betonboden zubringen und erhielten häufig tagelang kein Wasser und keine Verpflegung.

Eine ausreichende medizinische Betreuung existierte nur sehr selten. Während der Sommermonate wurden die hilflosen Menschen von Flöhen, Wanzen, Läusen und anderem Ungeziefer bis aufs Blut gequält.

Ständige Mißhandlungen, mangelhafte Unterkünfte, ungenügende Verpflegung und große Epidemien forderten ungezählte Opfer. Aufgrund der katastrophalen hygienischen Zustände und unzureichenden Ernährung brachen in den Lagern verheerende Seuchen und Ungezieferplagen aus. Obwohl Ärzte unter den Inhaftierten waren, konnten sie nicht helfen, denn im allgemeinen gab es weder Medikamente noch Verbandsmaterial. In vielen Zellen lagen Kranke, Sterbende und Tote.

Im Jahre 1945 kamen z.B. im sowjetischen Deportationslager Preußisch Eylau mindestens 6.000-7.000 (ca. 50 %) der deutschen Gefangenen durch Hungertyphus und Krankheiten um (x010/33). Im sowjetischen Zentralgefängnis Graudenz erlagen sogar etwa 5.000, der rd. 8.000 Inhaftierten, den Ruhr- und Flecktyphusepidemien (x010/34).

Im Winter litten die abgemagerten Lagerinsassen unter der großen Kälte. Da die inhaftierten Deutschen durch den ständigen Hunger geschwächt waren und kaum Winterkleidung oder Heizmaterial besaßen, starben in den Wintermonaten ungezählte Inhaftierte.

Ogleich die deutschen Häftlinge völlig unzureichend ernährt wurden, mußten sie täglich schwere Zwangsarbeiten verrichten. In den Lagern fanden gewöhnlich regelrechte Sklavenmärkte statt. Der Andrang war sehr groß, denn man konnte die deutschen Arbeitssklaven für geringe Geldbeträge ausleihen. Wer Hunger, Krankheit, Kälte und sonstige Strapazen überlebte, kämpfte täglich verzweifelt, um die schwere Zwangsarbeit oder den harten Lageralltag zu überstehen.

In den Zwangsarbeitslagern (Polen = 1.255 Lager, Tschechoslowakei = 846 Arbeits- und Straflager, Jugoslawien = ca. 1.500 Lager und Gefängnisse) wurden häufig die berüchtigten

NS-Methoden imitiert. Manche Juden, die nach ihrer Befreiung wieder im KZ Theresienstadt inhaftiert wurden, berichteten, daß die Essenrationen im Juli 1945 um 50 % niedriger waren als im Dezember 1944.

Durch die jahrelange Unterernährung und die unmenschlichen Haftstrapazen wurden Tausende von Reichs- und Volksdeutschen nicht nur physisch, sondern auch psychisch ruiniert.

Polen und polnisch verwaltete Gebiete östlich der Oder-Neiße-Linie

Die Wissenschaftliche Kommission der deutschen Bundesregierung berichtete im Jahre 1954 über die Zwangsarbeit und Lager in Polen (x001/131E-133E): >>Von der Einlieferung in Arbeitslager wurden nicht nur die eingesessenen Volksdeutschen, sondern gleichermaßen auch die in den Reichsgau Wartheland eingewiesenen deutschen Umsiedler sowie die noch in Polen zurückgebliebenen Reichsdeutschen betroffen, wengleich letztere im allgemeinen früher entlassen und ausgewiesen wurden.

Der Arbeitseinsatz der Deutschen in Polen begann schon unmittelbar nach der Besetzung mit Schanz- und Aufräumungsarbeiten im rückwärtigen Frontgebiet. Deutsche Frauen mußten, den rohen Schikanen der polnischen Miliz ausgesetzt, von russischen Soldaten belästigt und vergewaltigt, bei völlig unzureichender Verpflegung Leichen bergen, Tierkadaver begraben, Munition und Kriegsgerät fortschaffen, Straßen und Wege freilegen und Häuser säubern.

Später begann ein systematischer Einsatz in der Landwirtschaft und Industrie. Um die große Zahl der dem Arbeitszwang unterliegenden Menschen erfassen und planvoll einsetzen zu können, wurde ein Netz von Arbeitslagern über das ganze Land gelegt. Zunächst dienten als solche die zum Teil bereits im Zuge der Enteignungsaktion eingerichteten Internierungslager. Im Verlauf der Jahre 1945/46 reduzierte man ihre Zahl und faßte schließlich alle im polnischen Staatsgebiet internierten Deutschen in den großen Zentralarbeitslagern Potulice bei Bromberg, Gronowo bei Lissa und Sikawa bei Lodz zusammen, die erst in den Jahren 1949 und 1950 von der polnischen Regierung aufgelöst worden sind.

In diese Lager sind im Laufe der Zeit so gut wie alle Deutschen in Polen eingewiesen worden, relativ spät die deutschen Bewohner der größeren Städte, z.B. von Posen, Bromberg, Lodz, die aus ihren Wohnungen gewiesen vorher oft lange Zeit in Ruinen und Kellerlöchern gehaust hatten. In den Zentrallagern wurden sie alle registriert und auch diejenigen als Lagerangehörige geführt, die seit ihrer Enteignung in landwirtschaftlichen Betrieben und Wirtschaftsunternehmen arbeiteten. Kranke und Arbeitsunfähige wurden ständig in den Lagern gehalten, und dorthin mußten auch die Arbeitsfähigen zu ihrer weiteren Verwendung zurückkehren, sobald sie ihren bisherigen Arbeitseinsatz beendet hatten. –

Bei der Unterbringung in den "Stammlagern" und der Verschickung zum Arbeitseinsatz wurden Familienangehörige rücksichtslos auseinandergerissen.

Von den Lagern aus gingen verschiedene Transporte mit internierten deutschen Zwangsarbeitern nach dem oberschlesischen Industriegebiet, andere nach Warschau zu Aufräumungsarbeiten. Die Mehrzahl der Lagerinsassen wurde jedoch gruppenweise oder einzeln zur Landarbeit auf staatliche Güter oder private Höfe verteilt.

Um aus den Deutschen einen möglichst hohen Gewinn herauszuschlagen, ging man schon bald dazu über, von jedem, der deutsche Arbeitskräfte benutzte, einen Mietpreis zu fordern, wodurch die Sammlager zu einer Art von Sklavenmärkten wurden, auf denen man deutsche Arbeitskräfte anbot und verkaufte. Polnische Bauern und Unternehmer suchten sich die ihnen geeignet erscheinenden Männer und Frauen heraus, wobei der Mietpreis etwa ein Zehntel dessen betrug, was normalerweise der Lohn eines polnischen Arbeiters war.

Es war kein Wunder, daß der Wunsch, deutsche Arbeitskräfte zu bekommen, sehr groß war und daß die Deutschen mitunter zum Objekt von Schachergeschäften wurden, an denen sich vor allem mancher polnische Lagerleiter bereicherte. Die billige Arbeitskraft der internierten

Deutschen wurde schließlich der Grund, daß man die Ausweisung, die für alle Deutschen im Dekret vom 13. September 1946 beschlossen worden war, sehr ungern sah und sie zu verzögern trachtete.

Diese plötzliche Wertschätzung der Deutschen auf Grund ihrer Billigkeit und ihrer Arbeitskraft steigerte indessen nur die Erniedrigung, in die die deutsche Bevölkerung hinabgestoßen war, und trug kaum etwas bei, ihre Lage zu verbessern. Wehrlos mußten sie sich schwerste Arbeitsleistungen abzwängen lassen und lebten in dürftigen Unterkünften bei schlechter Verpflegung, ohne Löhnung und ärztliche Betreuung, oft auch von Ungeziefer und Krankheiten befallen oder Verhöhnungen und Schikanen ausgesetzt, ein Sklavendasein, das sie seelisch zermürbte und abstumpfte, die Gesundheit ruinierte und vielen das Leben kostete.

Dennoch bewarb sich die internierte deutsche Bevölkerung um den Arbeitseinsatz, vor allem in der Landwirtschaft. Er gab immerhin die Chance, daß man es mit polnischen Arbeitgebern zu tun bekam, die sich von menschlicheren Empfindungen leiten ließen; er brachte die Möglichkeit, den Quälereien im Lager auszuweichen und sich zusätzliche Nahrungsmittel zu verschaffen. Einzelnen Spezialarbeitern gelang es sogar, nach kurzer Zeit bereits wieder ein gewisses Maß an Freizügigkeit zurückzugewinnen.

Demgegenüber erschien das Leben der Alten, Kranken und Kinder geradezu hoffnungslos, die - als Arbeitskräfte verschmäht - Jahr um Jahr in den Internierungslagern verbringen mußten. Ihr Leiden überschritt alles Maß. Sie konnten den quälenden Schikanen und der oft sadistischen Grausamkeit der Bewachungsmannschaften nicht entrinnen. Sie mußten sich mit der unzureichenden Lagerverpflegung begnügen, die durch Unterschlagungen der Bewachungsmannschaften häufig noch verringert wurde.

Durch totale Entkräftung hilflos geworden, ohne Medikamente, von Ungeziefer geplagt, ohne Möglichkeit, auch nur die primitivsten Bedürfnisse der Körperpflege zu befriedigen, siechten sie dahin. Deutsches Pflegepersonal stand diesem Elend in Ermangelung jeglicher Hilfsmittel machtlos gegenüber.

Typhusepidemien grassierten vor allem im Sommer und Herbst 1945 in vielen Lagern und rafften zahllose Insassen dahin. Planmäßiges Erschießen von Alten und hilflosen Kranken, wie es beispielsweise im Lager Kaltwasser geschah, Gewalttaten und Mißhandlungen der Wachmannschaften, oft geleitet von dem Bestreben, Behandlungsmethoden nationalsozialistischer Konzentrationslager zu imitieren, erhöhten die Zahl der Todesopfer. ...<<

Das Bundesarchiv Koblenz berichtete im Jahre 1974 über die Zwangsarbeit und Lager in Polen und in den polnisch verwalteten Gebieten östlich der Oder-Neiße-Linie (x010/35-36):

>>Als völkerrechtswidriges Massenvergehen stehen im Vordergrund des Berichtsmaterials die gegenüber den Deutschen bei ihrer Verhaftung, in den Gefängnissen und nach der Internierung in ein Arbeitslager verübten Ausschreitungen. Die Gewaltakte bestanden vorwiegend in Mißhandlungen brutalster, teils sadistischer Art mit Peitschen, Gummiknüppeln oder Gewehrkolben, teils bis zur Todesfolge, ferner in willkürlichen Erschießungen und Erschlagungen wie auch Vergewaltigungen von Frauen. Dem Berichtsmaterial nach ist kaum ein einziger Verhafteter und Internierter Mißhandlungen entgangen. ...

Nach den vorliegenden Unterlagen sind in die größten Lager Potulice, Kreis Bromberg, Gronowo, Kreis Lissa, Sikawa bei Lodz, Lamsdorf im Kreis Falkenberg/Oberschlesien allein mindestens 80.000 Deutsche verbracht worden. Insgesamt aber bestanden in den Gebieten östlich von Oder und Neiße 1.255 Lager und 227 Gefängnisse, die dem Gewahrsam von Deutschen dienten.

Dabei ist jedoch darauf hinzuweisen, daß eine Anzahl dieser Lager nur eine kürzere Zeit bestanden bzw. 100 Insassen hatten. Insassen aufgelöster Lager kamen vielfach in die oben angeführten großen Sammellager und wurden von dort aus zur Arbeit "vermietet". Ferner waren Tausende von Deutschen in Gefängnissen inhaftiert.

Deutsche, die im Vorkriegspolen gelebt hatten, waren gemäß ... Dekret vom 4.11.1944, einschließlich Kinder und Säuglinge, ohnehin in überwiegender Mehrzahl als "Verräter der Nation" in Zwangsarbeitslager gekommen. ...

Von der o.a. Gesamtzahl der Gefängnisse und Lager waren 119 Gefängnisse und 681 Lager in den Reichsgebieten östlich von Oder und Neiße gelegen, von denen das größte und berüchtigste Lamsdorf in Oberschlesien gewesen ist ...<<

Tschechoslowakei

Die Wissenschaftliche Kommission der deutschen Bundesregierung berichtete im Jahre 1957 über die Massenverhaftungen, Zwangsarbeit und Lager in der CSR (x004/91-94: >>... Die tschechische Regierung ging zu dem System über, tschechische Arbeiter aus Innerböhmen in die sudetendeutschen Industriebetriebe zu holen und an ihrer Stelle Sudetendeutsche als Zwangsarbeiter ins tschechische Gebiet zu verschicken.

Um diese Maßnahmen durchführen zu können, wurden nicht nur die Internierten und Häftlinge, sondern alle Deutschen und Madjaren männlichen Geschlechts vom 14. bis zum 60. und weiblichen Geschlechts vom 15. bis zum 50. Lebensjahr unter Arbeitspflicht gestellt. Meist war diese Regelung von den lokalen oder regionalen Behörden gleich nach der Wiedererrichtung der tschechoslowakischen Verwaltung eingeführt und erst durch das Dekret vom 19. September 1945 für alle Personen, die die tschechoslowakische Staatsbürgerschaft verloren hatten, nachträglich sanktioniert worden.

Nähere Richtlinien für die Durchführung dieses Dekrets wurden später in der Bekanntmachung des Innenministeriums vom 2. Dezember 1945 erlassen, deren Wortlaut eine zu Lasten der deutschen Arbeitskräfte gehende weite Auslegung gestattete. Soweit die deutschen Arbeiter - es handelte sich vorwiegend um die in lebenswichtigen Betrieben beschäftigten oder zur Anlernung von Tschechen belassenen Spezialisten - noch länger an ihren Arbeitsplätzen bleiben durften, löste das Gesetz vom 11. April 1946 ihre Arbeits- und Lehrverhältnisse auf und unterstellte sie den gleichen Bedingungen wie die Zwangsarbeiter. Gleichzeitig wurden auch die durch Verhaftung, Austreibung, Verschickung zur Zwangsarbeit usw. beendigten Arbeits- und Lehrverhältnisse für rechtlich aufgelöst erklärt.

Einen großen Teil der zum Arbeitseinsatz gezwungenen Personen deportierte man ins tschechische Gebiet. Sie wurden in Razzien ausgehoben, bei denen die Bevölkerung ganzer Ortschaften zusammengetrieben und abtransportiert wurde, oder aber durch Einzelverpflichtungen, die das jeweilige Arbeitsamt vornahm. Ohne Rücksicht riß man Familien auseinander. Sie fanden oft erst vor der Aussiedlung oder Jahre danach in Deutschland wieder zusammen.

Die zum Arbeitseinsatz Verschleppten wurden vorwiegend in Bergwerken, Industriebetrieben und in der Landwirtschaft beschäftigt, wie überhaupt in allen Berufssparten, die schlecht bezahlt wurden oder besonders hohe körperliche Anstrengung erforderten und aus denen die Tschechen abgewandert waren.

Besonders harte Arbeits- und Lebensbedingungen bestanden für die deutschen Zwangsarbeiter in den Industriegebieten von Mährisch Ostrau und Kladno und in vielen landwirtschaftlichen Betrieben Innerböhmens. Berüchtigt waren die Arbeitslager des großen Hüttenwerks Witkowitz. Die Behandlung und Verpflegung hingen vielfach nach sowjetischem Vorbild von der Arbeitsleistung nach festgesetzten Normen ab, und da die Ernährung keinesfalls den harten Anforderungen am Arbeitsort entsprach, waren Krankheitsfälle, vorwiegend Hungerödeme, besonders häufig. Aus Schikane setzte man Angehörige der geistigen Berufe zu besonders schweren und gefährvollen Arbeiten ein. Den ungewohnten körperlichen Anstrengungen waren sie nicht gewachsen; ihr Anteil an den Krankheits- und Todesfällen war deshalb besonders hoch.

In einigen Lagern, in denen Revolutionsgardisten und SNB-Leute nach eigenem Ermessen

Strafmaßnahmen trafen und die Insassen quälten, bedeutete die sogenannte Freizeit nur eine Fortsetzung der Demütigungen und Erniedrigungen. Um aber wenigstens tagsüber den Quälereien und dem Mutwillen der Lagerwachen zu entgehen, meldeten sich selbst die Kranken zum Arbeitseinsatz. Die Zustände besserten sich erst, als die Krankheitsfälle sich immer mehr häuften und die Leistungen infolge Unterernährung in einem solchen Maße sanken, daß die Betriebe um die Erfüllung des ihnen im Rahmen der Planwirtschaft auferlegten Solls fürchteten und sich für eine bessere Behandlung und Ernährung der Zwangsarbeiter einsetzten.

Für die in die tschechische Industrie und in die Lager gebrachten Personen war es so gut wie unmöglich, aus dem Zwangsarbeitssystem entlassen zu werden. Alle dahingehenden Bemühungen der Familienangehörigen, die nicht selten durch den Zwangsarbeitseinsatz ihres Ernährers in bittere Not gerieten, scheiterten an den polizeistaatlichen Schranken. In einzelnen Fällen hatten Interventionen tschechischer Bekannter einen Erfolg. Völlige Arbeitsunfähigkeit infolge der erlittenen Entbehrungen und Mißhandlungen, die nicht selten jahrelanges Siechtum zur Folge hatten, war oft der einzige Entlassungsgrund.

Erst als die Aussiedlungsaktion Anfang 1946 einsetzte, war die Möglichkeit gegeben, die Familienangehörigen für die geschlossene Ausweisung anzufordern, vorausgesetzt, daß ihr Aufenthaltsort überhaupt bekannt war.

Die Verschickung ins innertschechische Gebiet war wohl die schlimmste Auswirkung des alle Sudetendeutschen erfassenden Zwangsarbeitssystems. Aber auch die in den Heimatorten verbliebenen Deutschen waren diesem System unterworfen, sie wurden zu allen Arbeiten in der Landwirtschaft, zu Aufräumungsarbeiten, zum Straßenbau herangezogen.

Zum Teil mußten sie in ihren enteigneten Betrieben und auf den Höfen für die Nationalverwalter weiter arbeiten. Die Revolutionsgarde oder SNB nahm für vorübergehend anfallende Arbeiten die Deutschen oft wahllos auf der Straße fest und stellte sie zu Arbeitskolonnen zusammen. In verschiedenen Orten scheute der Národní Výbor nicht davor zurück, die Deutschen beim sonntäglichen Kirchgang aufzugreifen oder an Sonntagen zum Straßenkehren oder zur Instandsetzung der Grünanlagen heranzuziehen, deren Betreten sonst für sie verboten war.<<

Das Bundesarchiv Koblenz berichtete im Jahre 1974 über die Lager in der Tschechoslowakei (x010/45-47): >>Unmittelbar nach Beginn des Prager Aufstandes begann auch in großem Umfange die Verbringung von Deutschen in Gefängnisse und Lager. Nach Ermittlung des Suchdienstes des Deutschen Roten Kreuzes bestanden in der Tschechoslowakei 1.215 Internierungslager, 846 Arbeits- und Straflager und 215 Gefängnisse, in denen 350.000 Deutsche längere oder kürzere Zeit festgehalten worden sind. ...

Unmenschliche Verhältnisse führten zum Tode von Lagerinsassen durch Kräfteverfall und Epidemien, verursacht durch mangelhafte Ernährung, fehlende Medikamente, unhygienische Verhältnisse und durch Depressionen infolge sadistischer Mißhandlungen. Sehr hoch war die Sterblichkeitsziffer bei Kindern und älteren Leuten. Von den Arbeitslagern wiesen die der Bergwerke eine besonders hohe Sterblichkeit auf.

Erheblich war jedoch auch die Anzahl der Opfer willkürlicher Erschießungen und Mißhandlungen durch Kommandanten und Wachmannschaften der Lager; diese setzten sich vorwiegend aus Angehörigen der Revolutionsgarde, die in die SNB übernommen worden waren, zusammen. Zum Beispiel wurden von Anfang Mai bis Anfang Juli 1945 in dem berüchtigten Hanke-Lager (Kreis Mährisch Ostrau) 350 Insassen zu Tode gefoltert. ...

Die Zurückgebliebenen wurden nach Besetzung der Slowakei durch die Rote Armee und Errichtung des neuen Regimes, sobald sie als Deutsche erkannt wurden, in Lager interniert und zum Arbeitseinsatz "vermietet". Die Verhältnisse in den Lagern, die zumindest in den ersten Monaten unter Aufsicht ehemaliger Partisanen standen, unterschieden sich im allgemeinen nicht von denen in Böhmen und Mähren. ...

Die Lager wurden ... aufgefüllt durch zurückkehrende Karpatendeutsche aus den Sudetenländern, die sich slowakischen Repatrianten angeschlossen hatten. Zu Mißhandlungen durch slowakische Soldaten kam es bei ihrem Eintreffen auf den Zielstationen der Transporte. Eine Massenerschießung von 247 Karpatendeutschen, darunter Frauen und Kinder, die aus Lagern im Kreis Saaz/Sudetenland zurückkehrten, fand am 18.6.1945 noch vor Erreichung des Gebietes der Slowakei in der Nähe des Bahnhofs Prerau/Mähren statt. Die Deutschen wurden aus dem Zuge geholt - angeblich von slowakischen Soldaten - und in einem in der Nähe gelegenen Wald zur Exekution geführt. ...

Nach Schätzungen muß bei einer Gesamtzahl von 350.000 in Gefängnisse und Lager verbrachten Deutschen mit ca. 100.000 Opfern gerechnet werden. A. Bohmann: "Das Sudetendeutschtum in Zahlen", München 1959, Seite 199, schätzte die Anzahl der in Lager überführten Sudetendeutschen auf mindestens 1 Million.<<

Jugoslawien

Die Wissenschaftliche Kommission der deutschen Bundesregierung berichtete im Jahre 1961 über die Massenverhaftungen, Zwangsarbeit und Lager in Jugoslawien (x006/107E-112E):

>>Internierung und Zwangsarbeit

Die allgemeine Internierung aller in ihren Heimatorten gebliebenen Jugoslawiendeutschen, soweit sie nicht schon in die Arbeitslager oder in die Gefängnisse der OZNA, des jugoslawischen NKWD, eingeliefert worden waren, setzte in der nordwestlichen Batschka ein, nachdem bereits im Dezember 1944 die Deutschen in einem Streifen der südlichen Batschka interniert worden waren.

Seit Anfang März 1945 wurde in der nordwestlichen Batschka die deutsche Bevölkerung in den bereits bestehenden Lagern oder in neugeschaffenen Ortslagern konzentriert. Die gleichen Maßnahmen wurden anschließend allgemein in der Batschka und auch im Banat, im Süden um den 26.-27. März 1945, sonst durchweg bis zum 18.-19. April 1945 eingeleitet.

Um die deutsche Bevölkerung in Ortslagern zusammenzufassen, wurde zumeist ein bestimmtes Viertel oder auch nur eine Häuserzeile (Gasse) von allen Bewohnern geräumt und unter scharfe Bewachung durch Partisanen gestellt.

Hier wurden die Internierten zusammengezogen. Die Deutschen waren in den Ortslagern freilich nicht ganz hermetisch abgeschlossen, sondern konnten gewöhnlich noch Kontakte mit der übrigen Ortschaft aufrecht erhalten. Neben den Ortslagern wurden Zentralarbeitslager in den Bezirksorten eingerichtet; sie ergänzten sich aus den Arbeitsfähigen der Ortslager.

Als Motiv dieser Aktion wird man wohl den Beginn der abschließenden Offensive der Partisanenarmeen am 11.4.1945 ansehen können. Im Zusammenhang mit dieser entscheidenden militärischen Operation im Nordwesten Jugoslawiens hielt man es vielleicht für geraten, auch dem letzten Deutschen die ohnehin eingeschränkte Bewegungsfreiheit zu nehmen. Jetzt konnten den Deutschen gegenüber alle Hemmungen fallen, nachdem von den deutschen Truppen kein ernsthafter Widerstand mehr zu erwarten war.

Später hatte sich das System der Lager für die Partisanenverwaltung soweit eingespielt, daß man es auch nach der Aufhebung der Militärverwaltung im Februar 1945 beibehielt, ja, sogar auf alle Deutsche ausdehnte. Damit blieb die beliebig einsetzbare Arbeitsreserve der arbeitsfähigen Deutschen auch den neuen Behörden für ihre vielfältigen Zwecke erhalten.

Schließlich läßt sich die allgemeine Internierung der Deutschen, die zur Räumung ganzer Ortschaften oder Ortsviertel in gemischtsprachigen Wohnorten führte, mit der Beschaffung von Unterkunftsmöglichkeiten für die seit dem Sommer 1945, nach der Verkündung der Agrarreform, eintreffenden Neusiedler aus den wirtschaftlich rückständigen Gegenden Jugoslawiens in Verbindung bringen.

Hatten sich bisher bei der Behandlung der Deutschen und der Verwaltung der Lager die örtli-

chen Umstände und persönliche - positive wie negative - Charakterzüge der Partisanenführer geltend gemacht, so beruhte jedenfalls die allgemeine Internierung, die bis Ende Mai 1945 abgeschlossen war, auf einem Plan, der die gesamte deutsche Bevölkerung einbezog und sie ausnahmslos der unmittelbaren administrativen Kontrolle in einer verhältnismäßig geringen und schnell überschaubaren Zahl von Lagern unterstellte.

Der systematische Charakter der Aktion drückte sich auch in der Einteilung der Lager in drei Gruppen: Zentralarbeitslager, Ortslager und Konzentrationslager für Arbeitsunfähige aus. Der Unterschied zwischen den Zentralarbeitslagern, in denen vornehmlich arbeitsfähige Männer zu Gruppen zusammengefaßt und den Arbeiter anfordernden Stellen zur Verfügung gestellt wurden, den Ortslagern, in denen die gesamte deutsche Bevölkerung einer Ortschaft abgesondert wurde, und den Konzentrationslagern für Arbeitsunfähige trat seit dem Herbst 1945 immer schärfer zutage.

Wegen der hohen Sterblichkeitsrate der Zwangsarbeit leistenden arbeitsfähigen Männer und Frauen, der unablässigen Mißhandlungen und mangelhaften Ernährung aller internierten Deutschen schwoll vor allem die Zahl der Arbeitsunfähigen, der Kranken und Verletzten, neben den Alten, Frauen und der Kinder bis etwa zum 12. Lebensjahr stark an. Parallel dazu stieg die Zahl der Todesfälle unter denen, die von Alter, Krankheit und Entbehrung schon besonders geschwächt waren, in allen Lagern steil an.

In den großen Lagern für Arbeitsunfähige, Gakovo, Krusevlje und Jarek für die Batschka, Rudolfsgnad und Molidorf für das Banat, starben Tausende, deren Plätze sogleich wieder Neuankommlinge einnahmen. In Rudolfsgnad mit durchschnittlich 20.000 Insassen starben von den ca. 33.000 Volksdeutschen, die zwischen dem Oktober 1945 und dem März 1948 in das Lager aufgenommen wurden, fast 10.000, d.h. ein Drittel; der monatliche Höchststand an Todesfällen kletterte im Gefolge einer Fleckfieberepidemie im Februar 1946 auf ca. 1.300. In Jarek wurden mehr als 6.000 Tote registriert; ähnlich wurde in Gakovo und Krusevlje die Zahl der Internierten durch Todesfälle, die durch Hungerödeme, Typhusepidemien, Mißhandlungen verursacht waren, reduziert.

Ärztliche Hilfe konnte in allen Lagern nur unzureichend geboten werden. Die gelegentliche Unterstützung durch jugoslawische Ärzte vermochte den Leiden ebensowenig auf die Dauer entscheidend Abbruch zu tun wie die Inspektionsbesuche von Regierungskommissionen, die dann und wann einmal ein Lager besichtigten.

Auf sanitäre Einrichtungen, Möglichkeiten des Kochens, der Kinder- und Krankenpflege wurde kein Wert gelegt, so daß oft Hunderte von Bauernfamilien in wenigen Höfen und Scheunen oder z.B. Hunderte von Männern in der Molkerei von Groß-Kikinda, die als Arbeitslager diente, hausen mußten.

Die Verpflegung in den Lagern war äußerst mangelhaft. Gewöhnlich gab es Kesselkost, jedoch in sehr geringen Mengen und oft ohne Salz und Fett zubereitet. Die Mahlzeiten bestanden in monotoner Gleichmäßigkeit aus Maisschrot- oder Röstmehlsuppen, Polentabrei, auch aus Maisbrot mit Tee. In Rudolfsgnad wurden z.B. im Dezember 1945 pro Person 2 ½ kg Maismehl, 1 Krautkopf und 4 dkg Salz ausgegeben, im Januar 1946 nur 223 dkg Maisbrot und 7 dkg Salz.

Im Winter 1945/46 kam es jedoch im gleichen Lager vor, daß fünf Tage lang überhaupt keine Lebensmittel ausgegeben wurden und die Insassen dem Hunger überlassen blieben. Ähnliche Verhältnisse herrschten auch in allen anderen Konzentrationslagern für Volksdeutsche: in Gakovo, Krusevlje, Molin, Mitrovica, Valpovo, Krndija und Jarek.

Die Sterbeziffern wären daher ohne Zweifel noch höher angestiegen, wenn nicht in den Ortslagern ein Teil der aufgespeicherten Ernte - meist trotz strenger Verbote - irgendwie verwertet, bzw. Lebensmittel in die Lager geschmuggelt oder außerhalb erbettelt worden wären.

Inzwischen trafen seit dem Sommer 1945, in stärkerem Maße seit Ende September 1945 Neu-

siedler in den ehemals volksdeutschen Siedlungen ein, vornehmlich Montenegriner, Likaner und Bosnier, die aus den übervölkerten und verarmten Bergbauernbezirken der westlichen und südwestlichen Landeshälfte stammten, auch einen besonders hohen Anteil an den Partisaneneinheiten gestellt hatten und nun mit Landzuweisungen aus dem Bodenfonds der Agrarreform belohnt wurden. Bis zum Frühjahr 1946 waren alle ehemals von Deutschen bewohnten Ortschaften oder Gehöfte in Streusiedlungen von den neuen Besitzern übernommen.

Manchmal wurden die in Ortslagern internierten früheren deutschen Besitzer der Höfe den Neusiedlern eine Zeitlang zur Seite gestellt, um sie mit den landwirtschaftlichen Verhältnissen Syrmiens und der Woiwodina, die diesen zumeist völlig fremd waren, vertraut zu machen. Durch die verschiedenen Gesetze über die Agrarreform und den Übergang feindlichen Vermögens in Staatseigentum wurde der Besitzwechsel bis zum Herbst 1946 legalisiert. Ein nicht näher bestimmbarer Anteil des früheren deutschen Grundbesitzes wurde den Staatsgütern zugewiesen.

Wenn man die Lager für Arbeitsunfähige einmal außer Betracht läßt, in denen die Insassen oft nur noch von Tag zu Tag dahinvegetierten, so sind alle Internierten dauernd zu Zwangsarbeiten verwendet worden.

Die Verwaltung der Lager oblag seit dem Frühjahr 1945 den Abteilungen für Lager bei den Bezirksverwaltungen, die wiederum den Sektionen für Lager in den Innenministerien der Volksrepubliken unterstellt waren. Anstelle der aus Partisanen bestehenden Wachmannschaften traten Milizposten oder Einheiten der Volksarmee unter der Aufsicht von Lagerdirektoren. Schließlich übernahmen die staatlichen Güterverwaltungen die Ortslager, und allmählich lockerte sich das Lagerleben etwas auf.

Gewöhnlich in Gruppen unter Bewachung bewaffneter Partisanen, später eines Aufsehers, wurden die arbeitsfähigen Männer und Frauen zuerst zu Aufräumungs- und Straßenarbeiten eingesetzt, dann an Fabriken, Staatsgüter und Bauern gegen ein gestaffeltes Entgelt an die Lagerleitung von täglich bis zu 100 Dinar pro Person "ausgeliehen". Für die überwiegende Zahl der Deutschen bedeutete das in den vorherrschend agrarischen Gebieten des Banats, Syrmiens und der Batschka landwirtschaftliche Arbeit, mit der sie vertraut waren.

Auch hier bewährte sich in zahlreichen Fällen die Hilfsbereitschaft der andersnationalen Bevölkerung, die die aus den Lagern gemieteten "Schwaben" freundlich und verständnisvoll behandelte und ihnen reichlich zu essen anbot. Auf diese Weise konnten viele Deutsche nach den Monaten der Entbehrung wieder etwas zu Kräften kommen, anderen Lagerinsassen mit Lebensmitteln helfen und bisweilen auch Vorräte und etwas Geld für die Flucht über die Grenze nach Ungarn sparen.

Es ist schwer vorstellbar, wie die Internierten ohne diese Arbeit auf dem Lande mit ihrer allmählichen und mittelbaren Verbesserung der Lebensbedingungen, so bitter die Anstrengungen und der Knechtsdienst auf früher eigenem Besitz auch empfunden werden mochten, und ohne den seit dem Frühjahr 1946 genehmigten Empfang von Paketen die Härten des jahrelangen Lageraufenthalts hätten überstehen können.

Die demütigende Verpachtung der Arbeitskraft, die scharfen Kontrollen beim Verlassen und Betreten des Lagers, die unerbittliche Bestrafung, wenn das Einschmuggeln von Lebensmitteln entdeckt wurde, all das hat freilich den lastenden Druck des Lagerdaseins nicht schwinden lassen.

Eine der traurigsten Erscheinungen in der Geschichte der Lager ist die Behandlung der Kinder. Sobald sie das 13. oder 14. Lebensjahr erreicht hatten, wurden sie zur Arbeit eingesetzt. Seit der allgemeinen Internierung wurden auch alle Kinder in die Ortslager getrieben. Oft waren die Väter zum Militär eingezogen oder erschossen, die Mütter nach Rußland deportiert, so daß die Kinder ganz auf sich gestellt waren oder allenfalls von Verwandten betreut wurden.

In den Ortslagern wurden die Kinder jedoch bald rigoros von ihren Angehörigen getrennt und

in die großen Konzentrationslager für Arbeitsunfähige überführt, wo sie als sogenannte elternlose Kinder galten (d.h. als Kinder, deren Eltern nicht im gleichen Lager waren, sofern sie überhaupt noch lebten) und ihr Aufenthalt auf eigens abgetrennte Kinderbezirke innerhalb des Lagers eingeschränkt wurde. Krankheit, Hunger und Verwahrlosung forderten einen hohen Todeszoll, zumal da auch mitinternierte Verwandte oder hilfsbereite Lagerinsassen die Kinder abgeben mußten und jeder Kontakt mit ihnen untersagt wurde.

Wenn man sich vor Augen hält, daß am 30.4.1946 die Belegschaft des Konzentrationslagers Rudolfsgrad zu 46 Prozent aus Jungen und Mädchen unter 14 Jahren bestand, läßt sich das Elend dieser hilflosen Kinder erst deutlicher ermessen.

Seit dem Frühsommer 1946, - in Rudolfsgrad z.B. nach der Fleckfieberepidemie im Juli, in Gakovo Ende Juni -, wurden in den Konzentrationslagern, z.T. ganz überraschend, Kindertransporte zusammengestellt und der Obhut von staatlichen Kinderheimen übergeben, die verstreut über das gesamte Staatsgebiet in Mazedonien, Montenegro, Slowenien oder Kroatien lagen. Dort wurden die Kinder manchmal noch eine Zeitlang deutschem Pflegerpersonal überlassen, überall vorzüglich gepflegt und ärztlich betreut, dann aber in Unterricht und Erziehung wie die nichtdeutschen Kinder behandelt; jede Verbindung mit Eltern oder Verwandten wurde unterbunden.

Dieser Versuch einer bewußten "Umvolkung" der Volksdeutschen Kinder kam erst zu einem Ende, als Vereinbarungen zwischen dem Roten Kreuz der FVR Jugoslawien und der Bundesrepublik Deutschland auch den deutschen Kindern der staatlichen Heime im Rahmen der Familienzusammenführung die Reise nach Deutschland ermöglichten. ...<<

Das Bundesarchiv Koblenz berichtete im Jahre 1974 über die Massenverhaftungen und Zwangsarbeit in Jugoslawien (x010/50): >>Anfang Mai wurden die Deutschen in Lager verbracht, wo ebenfalls - wie z.B. in Valpovo - Erschießungen stattfanden.

Aus dem Anfang Mai des Jahres 1945 besetzten Slowenien sind Massenerschießungen im Gebiet der Untersteiermark nach Verhaftungen der dort verbliebenen Deutschen überliefert, und zwar in der Gegend von Rann zusammen mit einer großen Anzahl von Kriegsgefangenen, darunter auch kroatischer und slowenischer Nationalität, am Stadtrand von Cilli und Gonobitz, in Windisch-Feistritz und Mahrenberg, in den Panzergräben bei Marburg-Tetzno, bei einer Massenerschießung von kroatischen Ustaschen sowie in der Männerstrafanstalt Marburg an der Drau; hier wurden am 6.12.1945 als Vergeltung für die Explosion eines Munitionswagens, die als deutscher Sabotageakt ausgelegt wurde, 200 bis 300 Deutsche erschossen.

Die gesamte verbliebene deutsche Bevölkerung war Ende 1945 in Lagern interniert oder in Gefängnissen inhaftiert. Eine gesetzliche Maßnahme für die Internierung war nicht gegeben, sieht man von dem Beschluß des Antifaschistischen Rates der Volksbefreiung Jugoslawiens (AVNOJ) vom 21.11.1944 ab, der die Ausbürgerung und Enteignung jener Personen deutscher Volkszugehörigkeit vorsah, die nicht in den Reihen der Partisanen gekämpft hatten. Es bestanden Ortslager und Zentralarbeitslager für Arbeitsfähige. Die Gesamtzahl der Lager und Gefängnisse ist mit rd. 1.500 anzunehmen.

Es ... handelte sich bei der Mehrzahl der Lagerinsassen um Frauen, aber auch Kinder und Säuglinge traf das Schicksal der Internierung. Die Lagerverhältnisse entsprachen jenen, wie sie aus den anderen Vertreibungsgebieten beschrieben worden sind. Auch hier fanden nach den Massenliquidationen von Oktober und November 1944 noch einzelne Erschießungen statt. Mißhandlungen brutalster Art durch Auspeitschungen gehörten zum Alltag des Lagerlebens. Die Mehrzahl der Todesfälle war auf unmenschliche Verhältnisse, auf unzureichende Ernährung, mangelhafte ärztliche Betreuung und auf die hierdurch entstandenen Seuchen zurückzuführen.<<

Verschleppung von umgesiedelten bzw. geflohenen Rußland-Deutschen und "Straftätern" aus Mitteldeutschland sowie die Heimführung der "befreiten Sowjetbürger"

>>Nichts wird so sehr für Übertreibung gehalten wie die nackte Wahrheit.<< (Joseph Conrad)

Nach dem Kriegsende wurden die Rußland-Deutschen (volksdeutsche Flüchtlinge und Umsiedler aus den Gebieten der Sowjetunion) grundsätzlich wie sowjetische Staatsbürger bzw. Volksverräter behandelt und gewaltsam in die Sowjetunion verschleppt.

Tausende von Rußland-Deutschen wurden sogar in den Besatzungszonen der westlichen Alliierten festgenommen und deportiert. Die amerikanischen und britischen Besatzungstruppen lieferten nicht selten Rußland-Deutsche unaufgefordert an die sowjetischen Deportationskommandos aus. Die Sowjets verschleppten ca. 300.000 Rußland-Deutsche (sog. "Zwangsrepatrierte") in die Zwangsarbeitslager der UdSSR (x026/91) und deportierten ferner ca. 40.000 Reichsdeutsche (unter ihnen waren z.B. auch Rotkreuzschwestern, Nachrichtenhelferinnen und verurteilte "Straftäter") aus Mitteldeutschland (x026/063).

Stalin duldete auch nach dem Kriegsende keine politischen Gegner. Wer sich verdächtig machte oder als unzuverlässig galt, geriet schnell in ein sowjetisches Strafarbeitslager. Ungezählte Sowjetbürger, die das NS-Regime während des Zweiten Weltkrieges als Kriegsgefangene oder Zwangsarbeiter ins Deutsche Reich verschleppt hatte, wurden nach ihrer Befreiung in der UdSSR inhaftiert. Man schätzte, daß in der Nachkriegszeit mehr als 10 Millionen Gefangene in Stalins Arbeitslagern inhaftiert wurden (x149/131).

Die Siegermächte vereinbarten am 22. Mai 1945 in Halle, daß sämtliche befreiten west- und osteuropäischen Staatsbürger in ihre Heimatstaaten zurückkehren sollten (x133/427): >>Alle früheren Kriegsgefangenen und Staatsbürger der UdSSR, die von den alliierten Streitkräften befreit worden sind, sowie die Staatsbürger der alliierten Nationen, die von der Roten Armee befreit worden sind, (sind) über die jeweiligen Linien der Armeen hinweg an die zuständigen Armeebehörden beider Seiten auszuliefern. ...

Mit der Auslieferung und dem Empfang wird 24 Stunden nach Unterzeichnung dieses Planes begonnen werden.<<

US-Botschafter Harriman berichtete am 11. Juni 1945 über das Schicksal der heimgekehrten sowjetischen Kriegsgefangenen und Zwangsarbeiter (x133/449-450): >>Die sowjetische Regierung und die Militärs haben aus ihrer Verachtung für die in Kriegsgefangenschaft geratenen sowjetischen Truppen nie ein Hehl gemacht. ...

Es ist bekannt, daß die Repatrierten an den Ankunftshäfen von Polizeiwachen in Empfang genommen werden. Ganze Eisenbahntransporte mit Rückkehrern kommen durch Moskau und fahren weiter nach Osten. ... Es ist durchaus möglich, daß Leute, die der vorsätzlichen Desertion oder staatsfeindlicher Akte angeklagt sind, erschossen werden. ... Es ist jedoch zu vermuten, daß die Mehrzahl der Repatrierten in Zwangsarbeiter-Bataillone kommt und unter polizeilicher Aufsicht zu Umbauprojekten im Ural, Innerasien, Sibirien und im hohen Norden herangezogen wird.<<

Ein ehemaliger NKWD-Beamter berichtete später über das Schicksal der "befreiten und heimgeführten Sowjetbürger" (x133/572-573): >>Im ganzen wurden von 1943-1947 über 5,5 Millionen Russen aus den ehemals besetzten Gebieten repatriert. 20 % wurden zum Tode oder zu 25 Jahren in den Lagern verurteilt - im Grunde ein verlängertes Todesurteil -;

15-20 % erhielten Strafen von 5-10 Jahren;

10 % wurden für mindestens 6 Jahre in die Grenzgegenden Sibiriens verbannt;

15 % wurden als Zwangsarbeiter in den Donbas, Kusbas und andere verwüstete Gebiete geschickt. Ihnen wurde nach Ablauf der Strafzeit nicht erlaubt, in die Heimat zurückzukehren;

15-20 % durften heimkehren, fanden jedoch als nichtregistrierte Arbeitskräfte nur selten Arbeit.

... Die fehlenden 15-20 % sind vermutlich "Schwund", Menschen, die in Rußland "untertauchten", während der Reise umkamen oder flüchteten. ...<<

Ein Pfarrer aus Schwerin berichtete über seine 5jährige Haft in der UdSSR (x149/131): >>Die Gefangenen sind die Zwangskolonisatoren unerschlossener Gebiete, eine Reservearmee unbegrenzter Ausbeutung. Der Zwangsarbeiter ist ein Arbeiter, dem man die härtesten Lebensbedingungen, das ungesündeste Klima, die primitivste und schmutzigste Unterbringung und eine Entlohnung zumuten kann, die sein Leben eben noch fristet. ...

Von der Bahnstrecke Kotlas - Workuta, an deren Fertigung ich noch teilgenommen habe, erzählten die Kameraden, die die ersten Stadien dieser Verlegung mitgemacht haben, daß damals so viele Menschen verhungert, erfroren und an Erschöpfung gestorben seien, daß gleichsam unter jeder Schwelle des Bahnkörpers ein Toter liege.<<

Die Zwangsverschleppung der deutschen Zivilisten und Kriegsgefangenen sowie die Auslieferung der osteuropäischen Verbündeten und sowjetischen Fremdarbeiter, die mehrheitlich nicht freiwillig in die UdSSR zurückkehren wollten, geriet schon bald in Vergessenheit. In der Bundesrepublik Deutschland und der internationalen Öffentlichkeit wurde jahrelang nicht über diese völkerrechtswidrige Versklavung der ost- und volksdeutschen Zivilisten berichtet.

Reichs- und volksdeutsche Verschleppungsoffer, die aus den Deportationsgebieten Ost-Mitteleuropas sowie aus den Besatzungszonen der alliierten Siegermächte in die Sowjetunion verschleppt wurden

>>Sibirien gibt wohl die Toten heraus, aber nicht die Lebenden.<< (Russisches Sprichwort)

Deportationsgebiete	Anzahl der Verschleppten	%	Verschleppungsverluste
Ostpreußen	44.000		19.800
Ostpommern	49.000		22.000
Ostbrandenburg	17.000		7.700
Schlesien	62.000		27.900
Deutsche Ostprovinzen	172.000	1)	77.400
Memelland	10.000	2)	1.000
Danzig	12.000		5.400
Polnische Gebiete des Reichsgaues Danzig-Westpreußen	8.000		3.600
Reichsgau Wartheland, Ostoberschlesien und Generalgouvernement	26.000		11.700
Polnische Gebiete	46.000	3)	20.700
Jugoslawien	30.000	4)	13.500
Rumänien	75.000	5)	33.700
Ungarn	35.000	6)	15.800
Balkan	140.000		63.000
Deutsche Siedlungsgebiete im Ausland	196.000		84.700
Ost-Mitteleuropa	368.000		162.100
Aus den deutschen Reichsgebieten verschleppte Rußland-Deutsche (sog. Zwangsrepatriierte)	300.000	7)	111.000
Aus der SBZ verschleppte "Straftäter"	40.000	8)	8.800
In die UdSSR verschleppte Reichs- und Volksdeutsche	708.000	10)	281.900
Innerhalb der Sowjetunion "umgesiedelte" Rußland-Deutsche	900.000	9)	239.000
Insgesamt	1.608.000		520.900

Quellen: 1) - 3) = x001/83E,87E, x026/91, 4) - 6) = x006/96E, x007/79E, x008/44E, 7) - 10) = x026/31,63,91.

Das Bundesarchiv Koblenz berichtete im Jahre 1974 (x010/34): >>Die Anzahl der in die Sowjetunion als "Reparationsverschleppte" sowie "Vertragsumsiedler" verbrachten Deutschen aus den Gebieten östlich der Oder und Neiße dürfte mehr als 400.000 Menschen betragen haben, wovon ca. 55 % überlebten. Demnach wären in den Lagern und auf Transporten ca. 200.000 verstorben ...<<

Kurt W. Böhme ("Gesucht wird ... Die dramatische Geschichte des Suchdienstes", S. 275) ermittelte sogar rd. 874.000 deutsche Zivilisten, die wahrscheinlich nach Sibirien und Zentralasien verschleppt wurden. Von diesen Deportierten kamen ca. 341.000 in der UdSSR um (x026/91).

Dr. Gerhard Reichling (langjähriger Mitarbeiter des Statistischen Bundesamtes) ermittelte zum "Themenkomplex Verschleppung" für die Vertreibungsgebiete in Ost-Mitteleuropa (ohne reichsdeutsche Bombenevakuierete und Dienstverpflichtete) folgende Zahlen (x037/60): 1.660.000 Reichs- und Volksdeutsche (613.000 Frauen, 796.000 Männer und 251.000 Kinder) wurden damals in sowjetische Deportationslager verschleppt. Während der sowjetischen Verschleppungsaktion kamen etwa 580.000 Deutsche (226.000 Frauen, 258.000 Männer und 96.000 Kinder) um.

Robert H. Jackson (1892-1954; nordamerikanischer Hauptankläger im Nürnberger Kriegsver-

brecherprozeß), der das NS-Regime konsequent bekämpfte, kritisierte später die nordamerikanische Zustimmung zur Sklavenarbeit im Osten (x025/125): >>Was die Welt braucht, ist bestimmt nicht die Idee, die einen aus den Konzentrationslagern herauszuholen und die anderen hineinzustecken, sondern die Konzentrationslager selbst müssen abgeschafft werden. ... Das wirkliche Problem bei der Verschickung von Arbeitskräften wird sein, daß sie niemals wiederkommen.<<

Der deutsche Historiker Herbert Mitzka schrieb im Jahre 1985 (x024/100): >>Es ist eine Tatsache, daß heute in der westdeutschen Bevölkerung erhebliche Informationsdefizite über die Deportations- und Vertreibungsverbrechen bestehen ... Auch waren viele Verbrechen, die in diesem Zusammenhang von den überlebenden Opfern berichtet wurden, so haarsträubend, daß sie von den Westdeutschen für übertrieben gehalten und deshalb teilweise nicht geglaubt wurden.<<

Prof. Dr. Andreas Hillgruber berichtete über die Verschleppung der Reichs- und Volksdeutschen aus Ost-Mitteleuropa (x024/102): >>Gegenüber der Flucht und Vertreibung, die vielfach beschrieben wurden, ist die Deportation von ca. 500.000 Deutschen ... ins Innere der Sowjetunion zu sehr in den Hintergrund getreten, obwohl gerade diese Seite der Eroberung des deutschen Ostens wie der übrigen ostmitteleuropäischen Gebiete charakteristisch für das stalinistische System des Sowjetkommunismus war.<<

Das Potsdamer Abkommen

>>Jeder Dummkopf kann die Wahrheit sagen, aber es braucht einen Menschen mit Gespür, um gut zu lügen.<< (Samuel Butler)

Im Verlauf der Potsdamer Konferenz, die vom 17. Juli bis zum 2. August 1945 im Schloß Cäcilienhof bei Potsdam stattfand, verhandelten Stalin, Truman, Churchill (bis zur Wahlniederlage im Juli 1945) und Attlee (ab 28.07.1945) über gemeinsame Maßnahmen zur Behandlung des Deutschen Reiches und die Schaffung einer neuen Friedensordnung. Während dieser Verhandlungen trafen die nordamerikanischen und britischen Außenpolitiker weitere verhängnisvolle Fehlentscheidungen.

Vor der Potsdamer Konferenz besaß US-Präsident Truman praktisch alle Trümpfe. Im Gegensatz zur Sowjetunion verfügte Nordamerika z.B. schon über eine einsatzfähige Atombombe, die ursprünglich gegen "Hitler-Deutschland" eingesetzt werden sollte (x041/191). Die Nordamerikaner hatten einen Tag vor dem Beginn der Potsdamer Konferenz den ersten erfolgreichen Atombombentest in der Wüste von New Mexiko durchgeführt. Die sowjetische Militärhilfe gegen Japan wurde eigentlich nicht mehr benötigt. Japans Armeen waren außerdem fast besiegt und hatten bereits mehrere Friedensangebote eingereicht. Der überforderte nordamerikanische Präsident war jedoch trotz der japanischen Kapitulationsbereitschaft fest entschlossen, die Atombombe gegen Japan einzusetzen, um Stalin einzuschüchtern.

Den beteiligten Konferenzteilnehmern ging es in erster Linie um Reparationsregelungen, so daß sich die Potsdamer Verhandlungen schnell zu einem verbissenen Kampf um die Kriegsbeute entwickelte. Ferner wollte man den NS-Staat vollständig vernichten und die ehemalige deutsche Industrie- und Wirtschaftsmacht langfristig ausschalten.

Die Nordamerikaner und Briten hatten vor der Potsdamer Konferenz vereinbart, "nur" die preußischen Provinzen Ostpreußen, Danzig, Ostpommern und Oberschlesien an die UdSSR bzw. Polen abzutreten. Diese Gebietsabtretungen genügten den Osteuropäern jedoch längst nicht mehr. Stalin verlangte für Polen schließlich alle deutschen Ostgebiete östlich der Oder und Görlitzer Neiße (außer Nord-Ostpreußen). Die zusätzliche Abtretung der dichtbevölkerten Provinzen Niederschlesien und Ostbrandenburg war für Churchill und US-Präsident Truman zunächst unannehmbar, deshalb ließen sie sich schließlich auf eine "Politik des Aufschiebs" ("policy of postponement") ein.

Die Massenvertreibung der Deutschen wurde zwar während der Potsdamer Konferenz entschieden, aber die Vertreiberstaaten hatten vorher längst entscheidende Fakten realisiert. Für Stalin waren die geplanten Gebietsabtretungen schon lange erledigt, denn er hatte die Westverschiebung systematisch vorbereiten lassen und ab Ende Mai 1945 die Austreibung von großen Bevölkerungsteilen gefördert bzw. geduldet, um vollendete Tatsachen zu schaffen.

Die Vertreibung der Reichs- und Volksdeutschen aus Ostdeutschland, Polen, der Tschechoslowakei und Ungarn wurde trotz der langen Verhandlungsdauer nicht mehr ernsthaft diskutiert. Die sog. "Umsiedlung" der Deutschen wurde lediglich noch zur Kenntnis genommen. Die westlichen Alliierten ordneten in Potsdam die Vertreibung der Ost- und Volksdeutschen zwar nicht kategorisch an, aber ihre leichtfertige Zustimmung machte die großangelegte Zwangsumsiedlung von Millionen von Deutschen zweifellos erst möglich.

Im Verlauf der Potsdamer Konferenz wurde ausdrücklich festgelegt, daß die "Ausweisungen" in geordneter und humaner Weise durchgeführt werden sollten. Obwohl die Vertreiberstaaten versicherten, daß sie die Umsiedlungen in geordneter und humaner Weise abwickeln würden, hielt sich später niemand an die offiziellen Vereinbarungen und Zusagen.

Während der Potsdamer Konferenz behauptete Stalin mehrfach, daß die deutschen Ostgebiete menschenleer seien (x150/12). Die polnische Regierung, die zeitweise als Gast in Potsdam

teilnahm, gab nur noch 1,5 Millionen Deutsche an (x150/14). Diese Deutschen würden freiwillig ziehen, sobald die Ernte vorbei wäre.

Churchill und Truman wurden vorsätzlich getäuscht, denn in Wirklichkeit hielten sich damals noch ca. 5,7 Millionen Reichs- und Volksdeutsche östlich der Oder-Neiße-Linie auf (x001/-78E). Diese osteuropäische "Verhandlungstaktik" beeinflusste sicherlich maßgebliche Entscheidungen der Potsdamer Konferenz.

Als Premierminister Churchill nach seiner Wahlniederlage bei den britischen Unterhauswahlen die Potsdamer Konferenz verlassen mußte, waren US-Präsident Truman und die ebenfalls unerfahrenen britischen Labour-Außenpolitiker sowie ihre Berater nicht mehr in der Lage, den sowjetischen Diktator in die Schranken zu weisen, denn Stalin war ein erfahrener Machtpolitiker und knallharter Verhandlungsführer, der seine Gegner meistens in stundenlangen Debatten zermürbte (x114/2.103). Nach Churchills Rückzug konnte Stalin seine maßlosen Gebietsforderungen schließlich vollständig durchsetzen.

Im Verlauf der internationalen Konferenz von Potsdam, die am 2. August 1945 beendet wurde, schlossen die Alliierten keine völkerrechtlichen Verträge. Es handelte sich lediglich um Absprachen bzw. Vereinbarungen zwischen den Siegermächten und den Vertreiberstaaten (x150/18-19). Die Verhandlungsergebnisse wurden im sog. "Potsdamer Protokoll" festgehalten, das bis zum endgültigen Abschluß einer friedensvertraglichen Regelung Gültigkeit besitzen sollte.

Das sogenannte Potsdamer Protokoll (Mitteilung über die Dreimächte-Konferenz, die vom 17. Juli bis zum 2. August 1945 in Potsdam stattfindet) wird am 22. August 1945 veröffentlicht (x156/12-14, x028/253-254, x156/14-16, x028/256-258): >>...

I. ... Die Konferenz schloß am 2. August 1945. Es wurden wichtige Entscheidungen und Vereinbarungen getroffen. Es fand ein Meinungs austausch über eine Reihe anderer Fragen statt. Die Beratung dieser Probleme wird durch den Rat der Außenminister, der durch diese Konferenz geschaffen wurde, fortgesetzt.

Präsident Truman, Generalissimus Stalin und Premierminister Attlee verlassen diese Konferenz, welche das Band zwischen den drei Regierungen fester geknüpft und die Rahmen ihrer Zusammenarbeit und Verständigung erweitert hat, mit einer erneuerten Überzeugung, daß ihre Regierungen und Völker, zusammen mit anderen Vereinten Nationen, die Schaffung eines gerechten und dauerhaften Friedens sichern werden.

II. Die Einrichtung eines Rates der Außenminister

... 3a. Als eine vordringliche und wichtige Aufgabe des Rates wird ihm aufgetragen, Friedensverträge für Italien, Rumänien, Bulgarien, Ungarn und Finnland aufzusetzen, um sie den Vereinten Nationen vorzulegen und Vorschläge zur Regelung der ungelösten territorialen Fragen, die in Verbindung mit der Beendigung des Krieges in Europa entstehen, auszuarbeiten. Der Rat wird zur Vorbereitung einer friedlichen Regelung für Deutschland benutzt werden, damit das entsprechende Dokument durch die für diesen Zweck geeignete Regierung Deutschlands angenommen werden kann, wenn eine solche Regierung gebildet sein wird. ...

III. Über Deutschland

Alliierte Armeen führen die Besetzung von ganz Deutschland durch, und das deutsche Volk fängt an, die furchtbaren Verbrechen zu büßen, die unter der Leitung derer, welche es zur Zeit ihrer Erfolge offen gebilligt und denen es blind gehorcht hat, begangen wurden. ...

Der deutsche Militarismus und Nationalsozialismus werden ausgerottet und die Alliierten treffen nach gegenseitiger Vereinbarung in der Gegenwart und in der Zukunft auch andere Maßnahmen, die notwendig sind, damit Deutschland niemals mehr seine Nachbarn oder die Erhaltung des Friedens in der ganzen Welt bedrohen kann.

Die Alliierten sind nicht gewillt, das deutsche Volk zu vernichten oder in die Sklaverei zu stürzen. Die Alliierten haben vor, dem deutschen Volk eine Möglichkeit zu geben, sich vor-

zubereiten, um zukünftig die Wiederherstellung seines Lebens auf einer demokratischen und friedlichen Grundlage zu verwirklichen. Wenn die eigenen Anstrengungen des deutschen Volkes unablässig auf die Erreichung dieses Zieles gerichtet sein werden, wird es ihm möglich sein, zu gegebener Zeit einen Platz unter den freien Völkern der Welt einzunehmen. ...

A. Politische Grundsätze

1. Entsprechend der Übereinkunft über das Kontrollsystem in Deutschland wird die höchste Regierungsgewalt in Deutschland durch die Oberkommandierenden der Streitkräfte der Sozialistischen Sowjetrepubliken, der Vereinigten Staaten von Amerika, des Vereinigten Königreiches und der Französischen Republik, welche in ihrer Eigenschaft als Mitglieder des Kontrollrats handeln, jeder in seiner Besatzungszone nach den Leitsätzen seiner entsprechenden Regierung sowie gemeinsam in den ganz Deutschland betreffenden Fragen ausgeübt.

2. Soweit dieses praktisch durchführbar ist, muß die Behandlung der deutschen Bevölkerung in ganz Deutschland gleich sein.

3. Die Ziele der Besetzung Deutschlands, durch welche der Kontrollrat sich leiten lassen soll, sind:

I. Völlige Abrüstung und Demilitarisierung Deutschlands und die Liquidierung der gesamten deutschen Industrie, welche für eine Kriegsproduktion benutzt werden kann, oder deren Überwachung. ...

II. Das deutsche Volk ist zu überzeugen, daß es eine militärische Niederlage erlitten hat und daß es sich nicht der Verantwortung entziehen kann für das, was es auf sich geladen hat, indem seine eigne mitleidlose Kriegsführung und der fanatische Widerstand der Nazis das deutsche Wirtschaftsleben zerstört und Chaos und Elend unvermeidlich gemacht haben.

III. Die nationalsozialistische Partei mit ihren angeschlossenen Gliederungen und Unterorganisationen sind zu vernichten; alle nationalsozialistischen Ämter sind aufzulösen; es sind Sicherheiten dafür zu schaffen, daß sie in keiner Form wieder auferstehen können, jeder nazistischen Propaganda ist vorzubeugen.

IV. Die endgültige Umgestaltung des deutschen politischen Lebens auf demokratischer Grundlage und eine eventuelle friedliche Mitarbeit Deutschlands am internationalen Leben sind vorzubereiten. ...<<

>>... 4. Alle nazistischen Gesetze, welche die Grundlagen für das Hitlerregime geliefert haben oder eine Diskriminierung aufgrund der Rasse, Religion oder politischen Überzeugung errichteten, müssen abgeschafft werden. Keine solche Diskriminierung, weder eine rechtliche, noch eine administrative oder irgendeiner anderen Art, wird geduldet werden.

5. Kriegsverbrecher und alle diejenigen, die an der Planung oder Verwirklichung nazistischer Maßnahmen, die Greuel oder Kriegsverbrechen nach sich zogen oder als Ergebnis hatten, teilgenommen haben, sind zu verhaften und dem Gericht zu übergeben. Nazistische Parteiführer, einflußreiche Nazianhänger und die Leiter der nazistischen Ämter und Organisationen und alle anderen Personen, die für die Besetzung und ihre Ziele gefährlich sind, sind zu verhaften und zu internieren.

6. Alle Mitglieder der nazistischen Partei, welche mehr als nominell an ihrer Tätigkeit teilgenommen haben, und alle anderen Personen, die den alliierten Zielen feindlich gegenüberstehen, sind aus den öffentlichen oder halböffentlichen Ämtern und von verantwortlichen Posten in wichtigen Privatunternehmungen zu entfernen. Diese Personen müssen durch Personen ersetzt werden, welche nach ihren politischen und moralischen Eigenschaften fähig erscheinen, an der Entwicklung wahrhaft demokratischer Einrichtungen in Deutschland mitzuwirken.

7. Das Erziehungswesen in Deutschland muß so überwacht werden, daß die nazistischen und militaristischen Lehren völlig entfernt werden und eine erfolgreiche Entwicklung der demokratischen Ideen möglich gemacht wird.

8. Das Gerichtswesen wird entsprechend den Grundsätzen der Demokratie und der Gerechtig-

keit auf der Grundlage der Gesetzlichkeit und der Gleichheit aller Bürger vor dem Gesetz ohne Unterschied der Rasse, der Nationalität und der Religion reorganisiert werden.

9. Die Verwaltung Deutschlands muß in Richtung auf eine Dezentralisation der politischen Struktur und der Entwicklung einer örtlichen Selbstverwaltung durchgeführt werden. Zu diesem Zwecke:

(I) wird die lokale Selbstverwaltung in ganz Deutschland nach demokratischen Grundsätzen und zwar durch Wahlausschüsse (Räte), so schnell wie es mit der Wahrung der militärischen Sicherheit und mit den Zielen der militärischen Besatzung vereinbar ist, wiederhergestellt.

(II) sind in ganz Deutschland alle demokratischen politischen Parteien zu erlauben und zu fördern mit der Einräumung des Rechtes, Versammlungen einzuberufen und öffentliche Diskussionen durchzuführen. ...

(IV) wird bis auf weiteres keine zentrale deutsche Regierung errichtet werden. Jedoch werden einige wichtige zentrale deutsche Verwaltungsabteilungen errichtet werden, an deren Spitze Staatssekretäre stehen, und zwar auf den Gebieten des Finanzwesens, des Transportwesens, des Verkehrswesens, des Außenhandels und der Industrie. Diese Abteilungen werden unter der Leitung des Kontrollrates tätig sein.

10. Unter Berücksichtigung der Notwendigkeit zur Erhaltung der militärischen Sicherheit wird die Freiheit der Rede, der Presse und der Religion gewährt. Die religiösen Einrichtungen sollen respektiert werden. Die Schaffung freier Gewerkschaften, gleichfalls unter Berücksichtigung der Notwendigkeit der Erhaltung der militärischen Sicherheit, wird gestattet werden.

...<<

>>... **B. Wirtschaftliche Grundsätze**

11. Mit dem Ziele der Vernichtung des deutschen Kriegspotentials ist die Produktion von Waffen, Kriegsausrüstung und Kriegsmitteln, ebenso die Herstellung aller Typen von Flugzeugen und Seeschiffen zu verbieten und zu unterbinden. Die Herstellung von Metallen und Chemikalien, der Maschinenbau und die Herstellung anderer Gegenstände, die unmittelbar für die Kriegswirtschaft notwendig sind, ist streng zu überwachen und zu beschränken ... Die Produktionskapazität, entbehrlich für die Industrie, welche erlaubt sein wird, ist entsprechend dem Reparationsplan, ... entweder zu entnehmen oder, falls sie nicht entnommen werden kann, zu vernichten.

12. In praktisch kürzester Frist ist das deutsche Wirtschaftsleben zu dezentralisieren mit dem Ziel der Vernichtung der bestehenden übermäßigen Konzentration der Wirtschaftskraft, dargestellt insbesondere durch Kartelle, Syndikate, Trusts und andere Monopolvereinigungen.

13. Bei der Organisation des Wirtschaftslebens in Deutschland ist die Hauptaufmerksamkeit auf die Entwicklung der Landwirtschaft und der Friedensindustrie für den inneren Bedarf (Verbrauch) zu richten.

14. Während der Besatzungszeit ist Deutschland als ein einziges wirtschaftliches Ganzes zu betrachten. ...

15. Es ist eine alliierte Kontrolle über das deutsche Wirtschaftsleben zu errichten, jedoch nur in den Grenzen, die notwendig sind:

a) zur Erfüllung des Programms der industriellen Abrüstung und Demilitarisierung, der Reparationen und der erlaubten Aus- und Einfuhr,

b) zur Sicherung der Warenproduktion und der Dienstleistung, die zur Befriedigung der Bedürfnisse der Besatzungsstreitkräfte und der verpflanzten Personen in Deutschland notwendig sind, und die für die **Erhaltung eines mittleren Lebensstandards in Deutschland, der den mittleren Lebensstandard der europäischen Länder nicht übersteigt**, wichtig sind (Europäische Länder bedeuten alle europäischen Länder mit Ausnahme des Vereinigten Königreichs und der Sowjetunion) ...

e) zur Überwachung aller deutschen öffentlichen oder privaten wissenschaftlichen For-

schungs- oder Versuchsanstalten. Laboratorien usw., die mit einer Wirtschaftstätigkeit verbunden sind.

16. Zur Einführung und Unterstützung der wirtschaftlichen Kontrolle, die durch den Kontrollrat errichtet worden ist, ist ein deutscher Verwaltungsapparat zu schaffen. ... Jede deutsche Verwaltung, die dem Ziel der Besatzung nicht entsprechen wird, wird verboten.

... 18. Der Kontrollrat hat entsprechende Schritte zur Verwirklichung der Kontrolle und der Verfügung über alle deutschen Guthaben im Auslande zu übernehmen, welche noch nicht unter die Kontrolle der alliierten Nationen, die an dem Kriege gegen Deutschland teilgenommen haben, geraten sind.

19. Nach der Bezahlung der Reparationen sind dem deutschen Volke genügend Mittel zu belassen, um ohne Hilfe von außen zu existieren.

IV. Reparationen aus Deutschland

In Übereinstimmung mit der Entscheidung der Krim-Konferenz, daß Deutschland gezwungen werden sollte, in größtmöglichem Ausmaß für die Verluste und Leiden, die es den Vereinten Nationen verursacht hat, und wofür das deutsche Volk der Verantwortung nicht entgehen kann, Ausgleich zu schaffen, wurde folgende Übereinkunft erreicht:

1. Die Reparationsansprüche der UdSSR sollen durch Entnahmen aus der von der UdSSR besetzten Zone in Deutschland und durch angemessene deutsche Auslandsguthaben befriedigt werden.

2. Die UdSSR wird die Reparationsansprüche Polens aus ihrem eigenen Anteil an den Reparationen befriedigen.

3. Die Reparationsansprüche der Vereinigten Staaten, des Vereinigten Königreiches und der anderen zu Reparationsforderungen berechtigten Länder werden aus den westlichen Zonen und den entsprechenden deutschen Auslandsguthaben befriedigt werden.

4. In Ergänzung der Reparationen, die die UdSSR zusätzlich aus den westlichen Zonen erhalten:

a) 15 % derjenigen verwendungsfähigen und vollständigen industriellen Hauptausrüstung, vor allem der metallurgischen, chemischen und Maschinen erzeugenden Industrien, soweit sie für die deutsche Friedenswirtschaft unnötig sind und aus den westlichen Zonen Deutschlands im Austausch für einen entsprechenden Wert an Nahrungsmitteln, Kohle, Pottasche, Zink, Holz, Tonprodukten, Petroleumprodukten und solchen anderen Waren entnommen werden soll, über die noch eine Vereinbarung getroffen werden mag.

b) 10 % derjenigen industriellen Hauptausrüstung, die für die deutsche Friedenswirtschaft unnötig ist und aus den westlichen Zonen zu entnehmen und auf Reparationskonto an die Sowjetregierung zu übertragen ist ohne Bezahlung oder Gegenleistung irgendwelcher Art. ...

8. Die Sowjetregierung verzichtet auf alle Ansprüche bezüglich der Reparationen aus Anteilen an deutschen Unternehmungen, die in den westlichen Besatzungszonen in Deutschland gelegen sind. Das gleiche gilt für deutsche Auslandsguthaben in allen Ländern mit Ausnahme der weiter unten in § 9 gekennzeichneten Fälle.

9. Die Regierungen der USA und des Vereinigten Königreiches verzichten auf ihre Ansprüche im Hinblick auf Reparationen hinsichtlich der Anteile der deutschen Unternehmen, die in der östlichen Besatzungszone in Deutschland gelegen sind. Das gleiche gilt für deutsche Auslandsguthaben in Bulgarien, Finnland, Ungarn, Rumänien und Ost-Österreich.

10. Die Sowjetunion erhebt keine Ansprüche auf das von den alliierten Truppen in Deutschland erbeutete Gold. ...<<

>>... VI. Stadt Königsberg und das anliegende Gebiet

... Die Konferenz hat grundsätzlich den Vorschlag der Sowjetregierung hinsichtlich der endgültigen Übergabe der Stadt Königsberg und der anliegenden Gebiete an die Sowjetunion ... zugestimmt, wobei der genaue Grenzverlauf einer sachverständigen Prüfung vorbehalten

bleibt.

Der Präsident der USA und der britische Premierminister haben erklärt, daß sie den Vorschlag bei der bevorstehenden Friedensregelung unterstützen werden. ...

IX. Polen

... Hinsichtlich der Polnischen Provisorischen Regierung der Nationalen Einheit definieren sie ihre Haltung in der folgenden Feststellung:

... Die Regierungen der Vereinigten Staaten und Großbritanniens haben Maßnahmen zum Schutze der Interessen der Polnischen Provisorischen Regierung der Nationalen Einheit als der anerkannten Regierung des polnischen Staates hinsichtlich des Eigentums getroffen, das dem polnischen Staate gehört, in ihren Gebieten liegt und unter ihrer Kontrolle steht, unabhängig davon, welcher Art dieses Eigentum auch sein mag.

Sie haben weiterhin Maßnahmen zur Verhinderung einer Übereignung derartigen Eigentums an Dritte getroffen. ...

b) Bezüglich der Westgrenze wurde folgendes Abkommen erzielt:

In Übereinstimmung mit dem bei der Krim-Konferenz erzielten Abkommen haben die Häupter der drei Regierungen die Meinungen der Polnischen Provisorischen Regierung der Nationalen Einheit hinsichtlich des Territoriums im Norden und Westen geprüft, das Polen erhalten soll. Der Präsident des Nationalrates Polens und die Mitglieder der Polnischen Provisorischen Regierung der Nationalen Einheit sind auf der Konferenz empfangen worden und haben ihre Auffassungen in vollem Umfange dargelegt.

Die Häupter der drei Regierungen bekräftigen ihre Auffassung, daß die endgültige Festlegung der Westgrenze Polens bis zu der Friedenskonferenz (Bildung einer deutschen Zentralregierung) zurückgestellt werden soll (eine Formulierung, die sich von der Verfügung Art. VI des Abkommens deutlich unterschied).

Die Häupter der drei Regierungen stimmen darin überein, daß bis zur endgültigen Festlegung der Westgrenze Polens die früher deutschen Gebiete östlich der Linie, die von der Ostsee unmittelbar westlich von Swinemünde und von dort die Oder entlang bis zur Einmündung der westlichen (Lausitzer) Neiße und die westliche Neiße entlang bis zur tschechoslowakischen Grenze verläuft, einschließlich des Teiles Ostpreußens, der nicht unter die Verwaltung der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken ... gestellt wird, und einschließlich des Gebietes der Freien Stadt Danzig unter die Verwaltung des polnischen Staates kommen und in dieser Hinsicht nicht als Teil der sowjetischen Besatzungszone in Deutschland betrachtet werden sollen.

XIII. Ordnungsgemäße Überführung deutscher Bevölkerungsteile

Die Konferenz erzielte folgendes Abkommen über die Ausweisung aus **Polen**, der Tschechoslowakei und Ungarn:

Die drei Regierungen haben die Frage unter allen Gesichtspunkten beraten und erkennen an, daß die Überführung der deutschen Bevölkerung oder Bestandteile derselben, die in **Polen**, der Tschechoslowakei und Ungarn zurückgeblieben sind, nach Deutschland durchgeführt werden muß. Sie stimmen darin überein, daß jede derartige Überführung, die stattfinden wird, in ordnungsgemäßer und humaner Weise erfolgen soll.

Da der Zustrom einer großen Zahl Deutscher nach Deutschland die Lasten vergrößern würde, die bereits auf den Besatzungsbehörden ruhen, halten sie es für wünschenswert, daß der alliierte Kontrollrat in Deutschland zunächst das Problem unter besonderer Berücksichtigung der Frage einer gerechten Verteilung dieser Deutschen auf die einzelnen Besatzungszonen prüfen soll. Sie beauftragen demgemäß ihre jeweiligen Vertreter beim Kontrollrat, ihren Regierungen so bald wie möglich über den Umfang zu berichten, in dem derartige Personen schon aus **Polen**, der Tschechoslowakei und Ungarn nach Deutschland gekommen sind, und eine Schätzung über Zeitpunkt und Ausmaß vorzulegen, zu dem die weiteren Überführungen durchge-

führt werden könnten, wobei die gegenwärtige Lage in Deutschland zu berücksichtigen ist. Die tschechoslowakische Regierung, die Polnische Provisorische Regierung und der Alliierte Kontrollrat in Ungarn werden gleichzeitig von Obigem in Kenntnis gesetzt und ersucht werden, inzwischen weitere Ausweisungen der deutschen Bevölkerung einzustellen, bis die betroffenen Regierungen die Berichte ihrer Vertreter an den Kontrollausschuß (Verteilung auf die einzelnen Besatzungszonen) geprüft haben. ...

Unterzeichnet: J. Stalin - Harry S. Truman - C. R. Attlee.

2. August 1945.<<

>>Wahrheit ist es, vor der die Meinung erleicht.<< (Georg W. Hegel)

Im Potsdamer Abkommen betonten die Siegermächte zwar ausdrücklich, daß man nicht beabsichtigen würde, das deutsche Volk zu vernichten oder zu versklaven, aber die hilflosen Ost- und Volksdeutschen hatten schon längst die brutale Wirklichkeit erlebt bzw. nicht überlebt. Aufgrund der völlig überzogenen Gebietsabtretungen, die sie noch in der Atlantik-Charta vom 14.08.1941 aus moralischen Gründen als unannehmbar abgelehnt hatten, akzeptierten die Nordamerikaner und Briten stillschweigend die Massenvertreibung von Millionen.

Die westlichen Alliierten waren trotz der gigantischen Bevölkerungsmassen zuversichtlich, daß man die Deutschen geregelt und human "umsiedeln" könnte. Diese naiven Fehleinschätzungen und fehlende internationale Kontrollmaßnahmen brachten nochmals unvorstellbare Leiden und unsägliches Elend über die Ost- und Volksdeutschen.

Nach der Potsdamer Konferenz setzte man in Polen und in der CSR die "wilden Vertreibungen" fort. Die "Ordnungsgemäße Überführung deutscher Bevölkerungsteile" und andere Abmachungen wurden häufig ebenfalls nicht beachtet.

Nach dem Abschluß des Potsdamer Abkommens verschlechterten sich allmählich die Beziehungen der Kriegsaliierten. Die verbliebenen deutschen Wirtschaftsbetriebe wurden durch Aufspaltung, Reparationen und Beschränkungen zusätzlich geschwächt, so daß die Versorgung der Bevölkerung fast unmöglich wurde. Die industrielle Produktion Westdeutschlands erreichte 1945 nur noch 18 % des Volumens von 1936 (x148/15). Der deutsche Binnenmarkt war durch Zonengrenzen unterbrochen, die Währung war total zerrüttet und Aufbaukredite gab es nirgends. Im gesamten Land breiteten sich Hunger, Resignation und Hoffnungslosigkeit aus.

Stalin begründete die deutschen Gebietsabtretungen damals mit dem polnisch-sowjetischen "Sicherheitsbedürfnis" (x149/115): >>Im Laufe der letzten 25 Jahre sei Deutschland zweimal über Polen in Rußland eingefallen. Weder die Engländer noch die Amerikaner hätten solche Invasionen erlebt, die kaum erträglich seien und deren Folgen man nicht so leicht vergessen könne. Diese deutschen Invasionen seien nicht einfach Kriegsführung, sondern den Einfällen der Hunnen vergleichbar. ...

Polens Schwäche und Feindseligkeit ... habe zugleich eine erhebliche Schwächung der Sowjetunion bedeutet, Rußland sei daher wesentlich daran interessiert, ein starkes und befreundetes Polen zum Nachbarn zu haben.<<

Harry S. Truman schrieb später über die Potsdamer Konferenz (x063/605-606, x149/115): >>Wir standen in Potsdam einem fait accompli (vollendeten Tatsachen) gegenüber, wir waren durch die Umstände so gut wie gezwungen, die russische Besetzung Ostpolens und der polnischen (Besetzung) des deutschen Gebietes östlich der Oder zuzustimmen. Es war ein dreister Gewaltakt. ...<<

>>... Das von den Russen mitunterzeichnete Dokument eröffnete die Aussicht auf eine friedliche Zusammenarbeit in Europa. Trotzdem hatte ich einsehen müssen, daß die Russen rücksichtslose Verhandlungspartner waren. ... Macht ist das einzige, was die Russen verstehen.<<

Churchill kritisierte anschließend die britischen Konferenzteilnehmer in Potsdam (x024/109-110, x028/106): >>Weder ich noch Eden hätten die westliche Neiße akzeptiert. Als Kompensation für Polens Rückzug auf die Curzon-Linie hatten wir die Verschiebung der polnischen Westgrenze bis zur Oder und östlichen Neiße anerkannt, doch nie hätte eine Regierung, deren Chef ich war, sich damit einverstanden erklärt, die Grenze bis zur westlichen Neiße zu erstrecken, nur weil die russischen Armeen das Gebiet dazwischen und darüber hinaus besetzt hatten. Das war nicht nur eine Frage des Prinzips, sondern vielmehr eine praktische Angelegenheit von enormer Tragweite, da es dabei um die Entwurzelung von weiteren 3 Millionen Menschen ging. Hier war Unrecht im Werden, gegen das unter dem Gesichtspunkt der künftigen Befriedung Elsaß-Lothringen und der Polnische Korridor nicht viel mehr als Kleinigkeiten waren. ...<<

>>... Die Briten hatten schwere moralische Bedenken gegen umfangreiche Bevölkerungsumsiedlungen. Wir konnten eine Ausweisung von ebenso vielen Deutschen akzeptieren, wie Polen aus Ostpolen östlich der Curzon-Linie übersiedelten, sagen wir, 2 bis 3 Millionen; doch eine Ausweisung von 8 oder 9 Millionen Deutschen, wie sie die polnischen Forderungen mit sich brachten, war zu viel und völlig falsch.<<

Kletts Geschichtliches Unterrichtswerk schrieb z.B. über die Potsdamer Konferenz (x069/208): >>An die Stelle Roosevelts ist Truman getreten. Churchill hat in Voraussicht seines Sturzes seinen Nachfolger Attlee mitgebracht. Tiefeinschneidende Beschlüsse werden gefaßt, in den wichtigsten Fragen aber kommt man zu keiner Einigung.

Die Reste der deutschen Flotte werden unter den 3 Siegermächten aufgeteilt. In Zukunft soll Deutschland keine seefähigen Schiffe und auch keine Flugzeuge mehr besitzen. Synthetisches Benzin, Buna und andere Werkstoffe dürfen nicht mehr hergestellt werden. Die Sieger bemächtigen sich sämtlicher Patente und nehmen das deutsche Auslandsvermögen sowie zahlreiche Industrieanlagen in Anspruch. In den nächsten Jahren werden in den westlichen Besatzungszonen 8 % aller Werke demontiert, in Berlin 50 %, in der Sowjetischen Besatzungszone 45 %.

Die Sieger verpflichten sich zwar, während der Besatzungszeit "Deutschland als eine einzige wirtschaftliche Einheit" zu behandeln, riegeln aber schon bald ihre Besatzungsgebiete voneinander ab. Sie erklären auch, sie wollten "dem deutschen Volk genügend Mittel übrig lassen, um es in die Lage zu versetzen, ohne fremde Hilfe zu bestehen", ihre Maßnahmen aber machen das völlig unmöglich. ...<<

Prof. Dr. Helmuth G. Dahms berichtete über die Potsdamer Konferenz (x090/306): >>Moskau hatte die Einladung Frankreichs zur Potsdamer Konferenz hintertrieben. Die sowjetische Position verbesserte sich auch, als Churchill infolge des Ausgangs der britischen Wahl abgelöst wurde. Stalin rechnete nur mit Truman als gleichwertigen Verhandlungspartner, von dem bekannt war, daß er die amerikanischen Truppen schon bald aus Europa zurückziehen wollte.

Trumans Berater durchschauten die Absichten des sowjetischen Diktators. Der Präsident schloß deshalb einen Formelkompromiß. Jede Besatzungsmacht erhielt das Recht, sich aus der Reparationsmasse der eigenen Zone zu bedienen. Die UdSSR sollten zusätzlich 10 % der westlichen Entnahmen erhalten, weitere 15 % im Austausch gegen Nahrungsmittel, Kohle und Kalisalz.

Das Verlangen, die willkürlich gezogene polnische Westgrenze anzuerkennen, lehnten die Westmächte ab. Allerdings galten die deutschen Ostprovinzen nun nicht länger als "Teil der Sowjetischen Besatzungszone". Eine neue Definition der Oder-Neiße-Linie erlaubte Stalin sogar, noch mehr Gebiet - Stettin und Swinemünde mit 850 qkm - der polnischen Verwaltung zu überlassen.

Der westliche Vorbehalt, die Grenzfrage bis zur Friedenskonferenz zurückzustellen, wurde weiter erschwert durch den Beschluß, alle Deutschen "in Polen, der Tschechoslowakei und

Ungarn" auszusiedeln, denn damit waren auch die Bewohner der Ostprovinzen gemeint. ... Nicht nur Kriegsverbrecher, auch Personen, die an "nazistischen Maßnahmen" teilgenommen hatten, sollten interniert und vor Gericht gestellt werden.

Die Siegermächte wollten im Kontrollrat gemeinsam und einstimmig beschließen, aber jede (Macht) auch für sich allein entscheiden. Sie sicherten den Menschen in ihren Besatzungszonen gleiche Behandlung zu, doch diese war von vornherein unmöglich, weil die Konferenz kein einheitliches Reparationsgebiet schuf und an dem sowjetischen Sonderweg nichts auszusetzen fand.

Das "Potsdamer Abkommen" vom 2. August 1945 war kein völkerrechtlich bindender Vertrag. Verschiedene Textstellen hatten lediglich den Charakter vager Absichtserklärungen. Der "Protokoll" genannte Schriftsatz wurde nicht ratifiziert. Frankreich verweigerte dem beschlossenen Aufbau deutscher "Zentralbehörden" seine Zustimmung und forderte zuerst die Abtretung des Rheinlandes, des Saar- und Ruhrgebietes.<<

Der nordamerikanische Diplomat und Historiker George F. Kennan schrieb nach dem Potsdamer Abkommen über das nordamerikanisch-sowjetische Verhältnis (x156/17-18): >>Die Idee, Deutschland gemeinsam mit den Russen regieren zu wollen, ist ein Wahn. Ein ebensolcher Wahn ist es, zu glauben, die Russen und wir könnten uns eines schönen Tages höflich zurückziehen, und aus dem Vakuum werde ein gesundes und friedliches Deutschland steigen. Wir haben keine andere Wahl, als unseren Teil von Deutschland - den Teil, für den wir und die Briten die Verantwortung übernommen haben - zu einer Form von Unabhängigkeit zu führen, die so befriedigend, so gesichert, so überlegen ist, daß der Osten sie nicht gefährden kann.

...

Zugegeben, daß das Zerstückelung bedeutet. Aber die Zerstückelung ist bereits Tatsache, wegen der Oder-Neiße-Linie. Ob das Stück Sowjetzone wieder mit Deutschland verbunden wird oder nicht, ist jetzt nicht wichtig. Besser ein zerstückeltes Deutschland, von dem wenigstens der westliche Teil als Prellblock für die Kräfte des Totalitarismus wirkt, als ein geeintes Deutschland, das diese Kräfte wieder bis an die Nordsee vorläßt. ...

Es versteht sich - bei solchen Überzeugungen, daß ich die Arbeit der Konferenz von Potsdam mit Skepsis und Entsetzen verfolgte. Ich kann mich an kein politisches Dokument erinnern, daß mich je so deprimiert hätte wie das von Truman unterzeichnete Kommuniqué am Ende dieser wirren und verwirrenden Verhandlungen. Nicht nur weil ich wußte, daß die Idee einer gemeinsamen Viermächtekontrolle, die man jetzt zur Grundlage für die Regierung Deutschlands gemacht hatte, abwegig und undurchführbar sei.

Auch die unpräzise Ausdrucksweise, die Verwendung so dehnbarer Begriffe wie "demokratisch", "friedlich", "gerecht" in einem Abkommen mit den Russen lief allem zuwider, was 17 Jahre Rußlanderfahrung mich über die Technik des Verhandeln mit der sowjetischen Regierung gelehrt hatten. Die Behauptung z.B., wir würden zusammen mit den Russen das deutsche Erziehungssystem "nach demokratischen Richtlinien" umformen, ließ Rückschlüsse zu, die nach allem, was wir von der Geisteshaltung der sowjetischen Führer und den damaligen russischen Erziehungsgrundsätzen wußten, völlig ungerechtfertigt waren.

Noch erschreckender las sich die von uns verkündete Absicht, in Zusammenarbeit mit den Russen das deutsche Rechtswesen so umzugestalten, daß es "den Prinzipien der Demokratie", der Urteilsfindung nach Recht und Gesetz und der gleichen Behandlung aller Bürger ohne Ansehen von Rasse, Nationalität oder Religion" entspräche. ... Jeder Mensch in Moskau hätte unsern Unterhändlern sagen können, was die sowjetische Führung unter "demokratischen Parteien" verstand. Die Irreführung der Öffentlichkeit in Deutschland und im Westen durch die Verwendung eines solchen Ausdrucks in einem Dokument, das außer von Stalin auch von den Herren Truman und Attlee unterzeichnet war, ließ sich selbst mit allergrößter Naivität nicht entschuldigen. ...<<